



Christiane Benner

geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Eröffnungsrede

„Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“

9. Bundesmigrationskonferenz der IG Metall

**29. November 2012
Kassel**

Sperrfrist Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir leben in einer Gemeinschaft, die aus sehr unterschiedlichen Individuen besteht – Unterschiede in Herkunft, Geschlecht, Lebenssituation, Vorlieben, Religion. Jetzt möchte ich euch mit auf meine Phantasiereise nehmen. Jetzt stellen wir uns vor, dass sich alle in dieser Gemeinschaft mit Wertschätzung und Respekt begegnen. Jedes Mitglied kann sich gleichberechtigt in Entscheidungen einbringen. Die unterschiedlichen Hintergründe und Lebenserfahrungen nimmt jeder und jede als Bereicherung wahr. In dieser Gemeinschaft gibt es einen starken Zusammenhalt. Das heißt: wer in eine schwierige Lage gerät, wird von den anderen unterstützt.

Das ist mein Traum, den ich heute mit euch zu träumen wage. Mit der IG Metall. Wer ist eigentlich die IG Metall? Unter unseren Mitgliedern sind Männer, Frauen, Ältere, Jüngere, Menschen aus verschiedenen Ländern – mit und ohne deutschen Pass, Hochqualifizierte, Ungelernte, regulär und prekär Beschäftigte, Menschen mit Kindern, ohne Kinder, Studierende, Erwerbslose... Das ist die Vielfalt in der IG Metall, Kolleginnen und Kollegen.

Wir sind zu dieser Konferenz zusammengekommen mit dem Ziel: Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken. Das ist unser Programm. Wir haben dieses Motto gewählt, weil Solidarität einer der wichtigsten Werte der IG Metall ist. Solidarität ist definiert als „unbedingtes Zusammenhalten mit jemandem aufgrund gleicher Anschauungen und Ziele“. Solidarität drückt den Zusammenhalt zwischen gleichgesinnten oder gleichgestellten Individuen und Gruppen und den Einsatz für gemeinsame Werte aus. Voraussetzung für Solidarität ist Einfühlungsvermögen, also Empathie, und die Fähigkeit zum Dialog und auch zur Diskussion. Doch um Solidarität in einer Gemeinschaft zu verwirklichen, brauchen wir auch die entsprechende politische Haltung: Eine Haltung, die Verschiedenheit von Menschen und Interessen zum Ausgangspunkt ihrer Politik macht und diese respektiert. Und habe bewusst nicht gesagt „toleriert“, weil es mir um mehr geht als Toleranz. Es geht um Respekt, und es geht um Wertschätzung des anderen Menschen. Es geht bei Respekt um Anerkennung der Unterschiedlichkeit und gleicher Rechte für alle. Goethe hat es wieder einmal auf den Punkt gebracht: „Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein. Sie muss zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen.“

Kolleginnen und Kollegen, ich will nichts schönreden. Die Realität kennt ihr, wir erleben sie täglich – im Alltag, im Arbeitsleben, in Politik und Gesellschaft. Ich denke aber, dass die IG Metall eine Gemeinschaft ist, die die Kraft hat, Vielfalt und Zusammenhalt vorzuleben und zu leben.

Lasst mich drei Beispiele nennen:

Nehmen wir unseren Tarifabschluss vom Mai dieses Jahres. Eins ist klar. Unsere Pflicht haben wir mit 4,3 Prozent Erhöhung erfüllt. Die Kür war, dass wir in dieser Tarifrunde das Thema Leiharbeit angegangen sind. Dafür haben wir Jahre mit unserer Kampagne: „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ gearbeitet, und ihr habt gute Vorarbeit mit Equal-Pay-Vereinbarungen geleistet. Wir haben die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Leiharbeit gestärkt und Übernahmeperspektiven geschaffen. Auszubildende haben jetzt Anspruch auf unbefristete Übernahme. Das sind bessere Perspektiven für Leiharbeitsbeschäftigte und für die junge Generation. Die Zeit für diese Regelungen war reif. Und wie im Sport zählt die Gesamtnote aus Pflicht und Kür. Und die war gut. Für Leihbeschäftigte haben wir die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte verbessert. Die Wahrheit liegt aber auf dem Platz, Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen diese Tarifverträge jetzt in den Betrieben umsetzen.

Lasst mich zu einem Trauerspiel kommen. Seit dem 1. November gelten die Branchenzuschläge für Leiharbeitsbeschäftigte. Sie sollen die Entgeltlücke zu den Stammbeschäftigten verringern. Auch mit diesem Tarifabschluss haben wir einen Schritt in Richtung gelebter Solidarität gemacht. Denn damit soll sich die materielle Situation der Leihbeschäftigten verbessern. Wir haben auch gelernt, dass mehr als 60 Prozent der Leiharbeitnehmer in Helfertätigkeiten einen Migrationshintergrund haben. Das heißt, diese Kolleginnen und Kollegen würden profitieren. Was wir aber bei der Umsetzung erleben, lässt tief blicken. Kolleginnen und Kollegen, wir müssen den Arbeitgebern auf die Finger schauen. Manche wollen die Branchenzuschläge umgehen. Das Repertoire der schmutzigen Tricks fängt damit an, Beschäftigte zu nötigen, neue Arbeitsverträge mit niedrigerem Grundentgelt zu unterschreiben, um damit die Zuschläge wieder reinzuholen und hört beim Verrechnen der Zulagen noch lange nicht auf. Einige Zeitarbeitsfirmen gründen neue Firmen, die nur noch Werkverträge anbieten. Ein Personaldienstleister will das Entgelt bei 90 Prozent des Grundlohns vergleichbarer Arbeitnehmer im Einsatzbetrieb deckeln. Für solche schmutzigen Tricks fehlen mir die Worte, wenn ich weiter anständig ausdrücken soll.

Fakt ist, dass der BAP/IGZ Tarifvertrag die Anrechnung von Zuschlägen untersagt. Jetzt nutzen die Leiharbeitsfirmen die Einführung der Branchenzuschläge zum Missbrauch. Sie haben die Flexibilität bekommen, die sie wollten. Der Preis ist bessere Bezahlung. Sorry, damit zeigen die Verleihfirmen ihr wahres Gesicht. Nämlich, dass sie Menschen einschüchtern und missbrauchen, um Profit zu machen.

Ich hoffe, dass ihr als IG-Metall-Betriebsräte und Vertrauensleute die Leihbeschäftigten tatkräftig unterstützt, wenn es darum geht, die Branchenzuschläge einzufordern. Kolleginnen und Kollegen: Lasst uns zeigen: so nicht. Wir bleiben dran mit unserer Kampagne: „Arbeit - sicher und fair“.

Mit unserer Kampagne „Arbeit - sicher und fair“ haben wir vielfältige Interessen und Lebenssituationen in den Blick genommen und Forderungen formuliert, die möglichst viele Menschen in unterschiedlichen Situationen betreffen. Wir haben Themen gewählt, die sich möglichst auf alle erstrecken. Zum Beispiel „Gute Arbeit – gut in Rente“.

Ältere Beschäftigte leiden besonders unter Belastungen. Eine Betriebsrätebefragung der IG Metall hat gezeigt: Es gibt kaum alternsgerechte Arbeitsplätze, in 92 Prozent der Betriebe: „selten“ oder „nie“.

Arbeitgeber müssen endlich mit uns gemeinsam gute Arbeit schaffen. Wir brauchen alternsgerechte, humane Arbeitsbedingungen, und zwar für das gesamte Arbeitsleben. Und für junge und ältere Beschäftigte.

Wer kann denn unter den heutigen Arbeitsbedingungen überhaupt bis 65 arbeiten, geschweige denn bis 67? Jeder und Jede fünfte geht heute vorzeitig über Abschlüsse in Rente, hat sich also ärztlich attestiert kaputtgearbeitet.

Kolleginnen und Kollegen, sicher sind wir uns einig: Die Rente mit 67 ist und bleibt ein Irrsinn.

Die Altersarmut wächst. Immer mehr Rentnerinnen und Rentner bessern ihre Rente durch Minijobs auf. CDU/CSU und FDP haben kürzlich in einer Sonntagnacht-Aktion einen Kuhhandel abgeschlossen und die Abschaffung der Praxisgebühr gegen das Betreuungsgeld gehandelt. Denn die Abschaffung der Praxisgebühr ist eine Gefälligkeit an die Ärzte. Und das Betreuungsgeld braucht und will so richtig niemand. Sondern bezahlbare Kinderbetreuung muss her, damit junge Familien unterstützt werden und damit Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich wird. Jetzt wurde die sogenannte Lebensleistungsrente beschlossen, die gar keine ist. Sondern eine Lebenslüge. Kolleginnen und Kollegen, das ist maximal eine Minirente für ein langes Arbeitsleben. Denn man bekommt sie nur bei 40 Versicherungsjahren und privater Vorsorge. Aber wovon sollen Mini-Jobber und geringfügig Beschäftigte privat vorsorgen? Das ist doch zynisch. Eine Kuh macht muh. Viele Kühe machen Mühe. Die Politik soll Altersarmut bekämpfen und nicht zu unseren Lasten Kuhhandel betreiben.

Kolleginnen und Kollegen, unsere Forderungen stehen:

- Nach wie vor **Nein** zur Rente mit 67
- Erwerbstätigenversicherung für alle
- flexibler Ausstieg für belastete Beschäftigte
- das Rentenniveau bei derzeit 51 Prozent halten. Mit einer Absenkung auf 43 Prozent bis 2030 ist Altersarmut programmiert.
- Beitragssenkung auf 18,9 Prozent rückgängig machen. Damit kürzen wir heute die Rente von morgen.
- abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren
- Erwerbsminderungsrente verbessern – Abschläge streichen.
- alternsgerechte Jobs – damit wir gesund das Rentenalter erreichen

Die Kampagne „Gute Arbeit – gut in Rente“ ist also im Grunde ein gelebtes Beispiel für Vielfalt und Zusammenhalt. Aber wir müssen noch Gas geben, damit sich bis zur Bundestagswahl und vor allem danach etwas in unserem Sinne bewegt.

Ich habe behauptet, dass die IG Metall eine Gemeinschaft ist, die die Kraft hat, Vielfalt und Zusammenhalt vorzuleben und zu leben. Ein drittes gutes Beispiel ist die Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz. Seit 1972 ist das aktive und passive Wahlrecht zum Betriebsrat unabhängig von der Staatsangehörigkeit. Also haben wir in den Betrieben etwas Großartiges geschafft: absolut gleiche Beteiligungsrechte. Menschen mit Migrationshintergrund sind in alle Entscheidungsprozesse gleichberechtigt einbezogen und werden immer mehr in die Betriebsratsgremien gewählt. Seit 1972 ist der Trend kontinuierlich steigend. Seit 2010 gibt es über 400 Betriebsratsvorsitzende und 300 stellvertretende Vorsitzende mit nichtdeutschem Pass. Also insgesamt viele Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund, die an der Spitze stehen.

Das ist ein großer Schritt nach vorn und zeigt – auch über den Betrieb hinaus: Es geht, wenn man es ernst meint mit Teilhabe.

Aber auch hier geht noch mehr: Heute in der globalen Wirtschaft müssen wir die Rechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auch international stärken. Arbeitgeber spielen Beschäftigte weltweit gegeneinander aus – wir setzen unsere Solidarität entgegen.

Deshalb müssen Kontroll- und Mitbestimmungsgremien internationaler werden. In den Aufsichtsräten bei Opel und Daimler sitzen bereits Vertreter aus den USA und

aus Brasilien. Die IG Metall will, dass in den deutschen Wirtschaftsausschüssen Arbeitnehmer aus ausländischen Werken oder Niederlassungen beteiligt werden. Wir wollen ein Wahlrecht ausländischer Arbeitnehmer, aktiv und passiv, in den Aufsichtsrat von Konzernen. Gemeinsam und vernetzt sind wir stark.

Kolleginnen und Kollegen, ich habe euch gute Beispiele für Zusammenhalt und Vielfalt genannt. Beispiele aus der IG Metall und aus der Mitbestimmung in den Betrieben. Wir sollten sie nach außen tragen und selbstbewusst sagen: Die Gesellschaft kann von der IG Metall lernen. Und das sind auch gute Gründe, bei uns mitzumachen. Damit wir stärker werden. Und das ist heute wichtiger denn je.

Rechtsextreme Einstellungen nehmen zu, wie die Friedrich-Ebert-Stiftung gerade wieder herausgefunden hat: Im Westen stimmen 20 Prozent der Befragten einzelnen rassistischen Aussagen zu und 7 Prozent haben sogar ein geschlossenes rechtes Weltbild. Für Ostdeutschland sind es jeweils doppelt so viele. Jede/r Fünfte hat anti-islamische Einstellungen. Das ist erschreckend, Kolleginnen und Kollegen. Gerade, weil diese Zahlen seit zehn Jahren bei jeder Studie weiter ansteigen.

Zum alltäglichen Rassismus kommt der institutionelle Rassismus. Beide bedingen und verstärkt sich gegenseitig. Es gibt eine besondere Verantwortung von Politik und Regierung. Wenn es kein großes Stoppschild gegen Rassismus von Seiten der Politik gibt, fühlen sich viele Alltagsrassisten bestätigt.

Die rechtsextreme NSU hat über Jahre hinweg zehn Kleinunternehmer aus rassistischen Motiven umgebracht. Vor sechs Jahren wurde hier in Kassel Halit Yozgat umgebracht. Ich finde es eine gute Reaktion, dass die Stadt Kassel zu seinem Gedenken einen Platz nach ihm benannt hat. Auch das ist ein Stoppschild gegen Rassismus. Aber das reicht nicht aus. Das Klima in Deutschland muss besser werden, damit jeder und jede hier ohne Angst leben kann. Und wir dürfen nicht zulassen, dass organisierte rechte Terrornetzwerke und Vereinigungen weiter ihr Unwesen treiben. Ich sage es laut und deutlich: NPD-Verbot jetzt. Schluss mit den Ausreden.

Und wir brauchen eine schonungslose Aufklärung der staatlichen Pannen bei den NSU-Morden. Ich will nicht in einem Staat leben, der auf dem rechten Auge blind ist.

Kolleginnen und Kollegen,
wir stehen vor großen Herausforderungen. Der Traum, den ich heute mit Euch träume, der Traum von Vielfalt, Zusammenhalt und Wertschätzung ist in der Gesellschaft noch nicht verwirklicht. Wir arbeiten daran, wir als IG Metall. Gemeinsam werden wir etwas bewegen. Es gibt viele Handlungsfelder. Ich will ein paar skizzieren:

Es gibt strukturelle Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten häufiger unter unsicheren Bedingungen wie Minijobs, Befristungen, Werkverträge und Leiharbeit. In Jobs, die hohe Qualifikation voraussetzen und ein sicheres Einkommen versprechen, sind sie dagegen stark unterrepräsentiert. Rund ein Fünftel der Schüler und Schülerinnen verlässt die Schule ohne Abschluss, weil die Bildungschancen ungerecht verteilt sind. Umso schwerer ist die Suche nach einem Ausbildungsplatz, zumal Arbeitgeber oft mit Vorurteilen an die Bewerberauswahl herangehen. Das setzt sich fort bei Weiterbildungs- und Aufstiegschancen. Pervers ist, dass ausgerechnet die Menschen mit niedrigem Bildungsstand nachweislich die schlechtesten Chancen auf Beteiligung an Weiterbildung haben. Zudem hapert es immer noch bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen, die man im Ausland erworben hat. So begleitet Diskriminierung die Erwerbsbiografien von immerhin rund 20 Prozent der Bevölkerung. Und deshalb haben wir gleich in den Arbeitsgruppen positive Beispiele, wie sich Betriebsräte für eine gute Weiterbildung einsetzen. Kolleginnen und Kollegen, die Rechte haben wir nach dem Betriebsverfassungsrecht. Lasst sie uns besser und stärker nutzen.

Es kann nicht sein, dass heute immer noch so viele täglich darum kämpfen müssen, dass sie nicht Menschen zweiter Klasse sind. Wir können es uns gar nicht leisten, junge Menschen mit Motivation und Fähigkeiten nicht vernünftig in den Arbeitsmarkt integrieren. Damit verschenken wir enorm viel Potenzial – und das in einer Zeit, in der Fachkräfte fehlen. Die Arbeitgeber müssen diese Potenziale besser nutzen, statt über Fachkräftemangel zu jammern. Die Regierung muss bei Schule und Erziehung nachbessern: In kaum einem anderen Industrieland ist das Schulwesen so schlecht für Kinder mit Migrationshintergrund und für Kinder aus sozial schwachen Familien. Auch Betriebsräte müssen ran und ihre Mitbestimmungsrechte bei Aus- und Weiterbildung besser nutzen. So sorgt ihr mit für eine interkulturelle Personalpolitik.

Ein zweites Thema sind Diversity-Konzepte in den Betrieben. In Unternehmen wie Ford, Bosch und Siemens gibt es solche Konzepte für zielgruppenspezifische Ansprache. Allerdings gehen sie in Großbetrieben häufig vom Management aus und werden oft als Zwang empfunden. Kein Wunder, wenn man halbherzig an die

Sache herangeht und zu wenig auf betriebliche Realitäten schaut. Hier seid ihr dran, Kolleginnen und Kollegen. Als Betriebsräte müsst ihr darauf drängen, dass bei euch Diversity-Konzepte etabliert und auch gelebt werden – nicht als Management-Strategie, sondern als betriebliche Kultur der Wertschätzung. Lasst uns viele gute Beispiele erzeugen und voneinander lernen. Lasst uns nach und nach alle Betriebe für gelebte Vielfalt und gelebten Zusammenhalt gewinnen.

Kolleginnen und Kollegen,

wir können im Betrieb viel Einfluss nehmen. Aber es gibt auch viele Handlungsfelder aus Gesellschaft und Politik. Ich will mich auf drei beschränken. Drei, bei denen wir aktuell gute Aussichten haben, gemeinsam mit anderen Bündnispartnern etwas zu bewegen. Es sind: die sogenannte Optionspflicht, die Mehrstaatigkeit und das kommunale Wahlrecht.

Die Optionspflicht stellt die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft in Frage. Junge Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind, müssen mit der Volljährigkeit entscheiden, welchen von ihren zwei Pässen sie wieder abgeben. Wahrscheinlich kennt ihr Menschen persönlich, denen das passiert ist. Viele empfinden das als Rausschmiss aus einer Gesellschaft, in der sie aufgewachsen und voll integriert sind. Die Staatsangehörigkeit der Eltern aufgeben, würde für viele einen Bruch mit der Familie bedeuten. So stehen sie vor dem Dilemma: Ausbürgerung aus der Kultur, in der sie aufgewachsen sind, oder Abschied von der Kultur, in der sie auch Wurzeln haben. Warum belasten wir hier in Deutschland Jahr für Jahr tausende junger Menschen mit einer so überflüssigen Entscheidung? Weiterhin ist völlig ungeklärt, wie dieser riesige Verwaltungsaufwand bewältigt werden soll. Kolleginnen und Kollegen. Es geht um eure, es geht um unsere Kinder. Im Jahr 2018 werden 40.000 junge Menschen mit dem Thema befasst sein. Sie bekommen zu ihrem 18. Geburtstag als Geburtstagsgruß das Signal: Du gehörst nicht richtig dazu. Deswegen wollen wir in der IG Metall diskutieren und fordern: Weg mit der Optionspflicht. Ja zur gleichberechtigten Teilhabe.

Damit bin ich bei meinem zweiten Punkt: Die doppelte Staatsbürgerschaft wird zwar offiziell abgelehnt, ist aber heute faktisch fast die Regel. Pro Jahr gibt es in Deutschland ca. 100.000 Einbürgerungen, davon von Jahr zu Jahr mehr unter Beibehaltung der bisherigen Staatsbürgerschaft. Also muss die Politik endlich die Konsequenz ziehen und die Gesetze so ändern, dass sie mit der Wirklichkeit übereinstimmen.

Daher, Kolleginnen und Kollegen: Ja zur doppelten Staatsbürgerschaft. Für ein faires Miteinander.

Auch die Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht ist ein wichtiger Baustein für eine demokratische Gesellschaft. Lasst mich damit zu unserer dritten Forderung an die Politik kommen. Menschen ohne deutschen Pass dürfen bis heute nicht mitentscheiden, wenn es zum Beispiel um Kinderspielplätze, verkehrsberuhigte Bereiche oder Krankenhäuser geht – Themen, die einfach alle betreffen, die gemeinsam in einem Stadtviertel, in einer Region leben. Und der Anteil der Erwachsenen ohne deutschen Pass liegt in manchen Kommunen bei einem Drittel und mehr. Wie demokratisch ist eine Abstimmung, zu der nur zwei von dreien überhaupt kommen dürfen? Um es noch ungerechter zu machen: Menschen aus dem EU-Ausland dürfen dann doch wieder mitwählen und abstimmen, während diejenigen aus Nicht-EU-Ländern nicht wählen dürfen. Da stimmt was nicht, Kolleginnen und Kollegen. Arbeitsmärkte werden internationaler, Arbeitsmigration nimmt zu. Wir brauchen doch ein Wahlrecht, dass diesen Entwicklungen Rechnung trägt.

Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Vielfalt fördern, Demokratie leben, Zusammenhalt stärken, einen Traum haben: Das ist der Weg, auf dem wir Schritt für Schritt die Gesellschaft verändern. Es ist nicht immer einfach. Gut, dass wir es angehen. Und wir haben konkrete Ziele vor Augen: 2013 ist Bundestagswahl.

Ich wünsche mir, dass wir es schaffen, die Themen in der Mitte der IG Metall zu verankern. Ich hoffe, dass es uns gelingt, mit ihnen in die betriebliche und gesellschaftliche Öffentlichkeit gehen und Gesicht zeigen für eine solidarische Welt mit Anerkennung und Respekt.

Ich wünsche mir auch, dass wir Mitglieder gewinnen und halten. So können wir Gewerkschaft als Ort der Vielfalt und des Zusammenhalts entwickeln und gestalten. Und Schritt für Schritt unseren Traum und unsere Vorstellungen von einer solidarischen Gesellschaft verwirklichen. Dafür steht die IG Metall.

Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich darauf, dass wir auf diesem Weg gemeinsam weitergehen.

Vielen Dank.